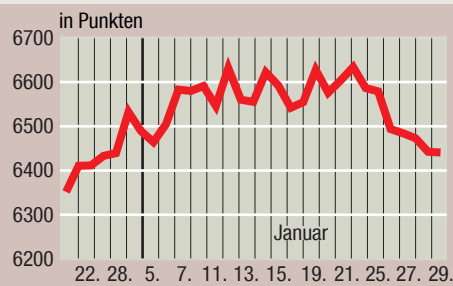


börse

Wenig Bewegung

MINIM TIEFER. Der Schweizer Aktienmarkt hat am Freitag kaum verändert geschlossen. Bei Börsenschluss sank der SMI minim um 0,03 Prozent auf 6440,72 Punkte, im Wochenvergleich resultierte ein Minus von 0,8 Prozent. Deutlich unter Druck kamen Nobel Biocare (-3,6 Prozent) und Straumann (-3,0 Prozent). Der Grund waren enttäuschende Zahlen der US-Konkurrenz. Die Anleger zogen von diesen Ergebnissen negative Rückschlüsse auf den Zustand des Zahnimplantate-Marktes. Im Minus schloss auch GAM



(-1,6 Prozent) und die Grossbank UBS (-0,8 Prozent), während die Aktien von Julius Bär (+0,7 Prozent) und Credit Suisse (+0,1 Prozent) leicht höher notierten. Zyklische Titel wie Holcim (+2,5 Prozent), Geberit (+1,6 Prozent) und ABB (+1,4 Prozent) waren dagegen gefragt. SDA

Index	Wert	Änderung
SMI	6441	0,0%
Euro Stoxx 50	2777	+1,4%
Dow Jones	10067	-0,5%
1 Euro	1.47 Franken	+0,1%
1 Dollar	1.06 Franken	+0,8%
1 kg Gold	36429 Franken	-0,5%
1 Fass Öl	71 Dollar	-1,2%

sport.

Inkoom spielt den Afrika-Cup-Final

FUSSBALL. Am Sonntag um 17 Uhr kann Samuel Inkoom seinen zweiten grossen Titel nach dem Gewinn der U20-Weltmeisterschaft erreichen. Der Verteidiger des FC Basel (Bild) steht mit Ghana im Final des Afrika-Cups. Gegner ist Titelverteidiger Ägypten, der bislang im Turnier einen bärenstarken Eindruck hinterlassen hat. Im Endspiel vertrauen beide Mannschaften auf göttlichen Beistand. > SEITE 27



nachrichten

Aufschwung in der Schweiz gebremst

ZÜRICH. Die Wachstumskurve der Schweizer Wirtschaft flacht sich noch mehr ab: Im Januar erhöhte sich der von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich erhobene Barometer im Vergleich zum Dezember lediglich um 0,04 auf 1,77 Punkte. Von September zum Oktober war der Barometer noch um 0,70 Punkte hochgeschossen; seither fiel der Anstieg von Monat zu Monat schwächer aus. SDA

US-Wirtschaft wächst rasant

WASHINGTON. Die US-Wirtschaft hat im vierten Quartal 2009 so kräftig zugelegt wie seit sechs Jahren nicht mehr. Das Bruttoinlandprodukt der grössten Volkswirtschaft der Welt wuchs nach ersten Schätzungen mit einer hochgerechneten Jahresrate von 5,7 Prozent. Es ist das stärkste Wachstum seit dem Sommer 2003. Das Quartal ist bereits das zweite positive in Folge. DPA

Arbeitslosigkeit in der EU auf Rekordniveau

LUXEMBURG/BRÜSSEL. Angetrieben von der dramatischen Entwicklung in Spanien hat die Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone ein Rekordniveau erreicht. In den 16 Euro-Ländern lag die Quote im Dezember bei zehn Prozent, in der gesamten EU bei 9,6 Prozent. Innert Monatsfrist nahm die Arbeitslosenquote damit in der Euro-Zone, als auch in der EU, um 0,1 Prozentpunkte zu. SDA

Neuer Präsident für den EuroAirport

BASEL. Jean-Pierre Lavielle ist neuer Verwaltungsratspräsident des EuroAirport. Der Franzose wurde einstimmig als Nachfolger von Jean-Pierre Gallo gewählt. Lavielle ist promovierter Chemieingenieur und leitete bis zu seiner Pensionierung Clariant Huningue. Heute ist er stellvertretender Präsident der Industrie- und Handelskammer Süd-Elsass Mulhouse. SDA

Leicht bessere zweite Jahreshälfte für Rieter

WINTERTHUR. Beim angeschlagenen Technologiekonzern Rieter sind 2009 erneut Umsatz und Bestellungen eingebrochen. Immerhin verbesserte sich die Situation im zweiten Halbjahr etwas. Der Umsatz für das ganze Jahr sank um 38 Prozent auf 1,96 Milliarden Franken. SDA

ANZEIGE

MPB
Executive Search

Die Ansprüche sind hoch, besonders diejenigen, die wir an uns selbst stellen.

Management - People - Business

www.mpb.ch

Shareholder-Value als Klimaretter

US-Börsenaufsicht verlangt, dass Firmen Risiken aus Klimawandel offenlegen



Börse fordert Durchblick. Wer das Klima schädigt, soll das im Geschäftsbericht ausweisen müssen. Foto Keystone

CHRISTIAN MIHATSCH

Investoren hassen Risiken, die sie nicht kennen. Indem die US-Börsenaufsicht Firmen nun zwingt, ihre Klimarisiken offenzulegen, ermöglicht sie es den Investoren, solchen Risiken aus dem Weg zu gehen.

Zurzeit gibt es wenige Lichtblicke in der internationalen Klimapolitik. Den Klimaverhandlungen drohen jahrelange ergebnislose Diskussionen. Und ob das US-Klimagesetz verabschiedet werden kann, ist fraglich, da die Demokraten ihre 60-Sitz-Mehrheit im US-Senat verloren haben. Doch nun kommt neue Bewegung ins Spiel. Die US-Börsenaufsicht SEC meldet sich zu Wort.

Der Klimawandel ist nicht nur eine Gefahr für Eisbären, sondern auch ein Risiko für börsenkotierte Unternehmen, hat die SEC diese Woche befunden. Firmen müssen daher offenlegen, welche Risiken ihnen aus dem Klima-

wandel erwachsen. Die SEC nennt dabei ausdrücklich folgende Risiken:

- > Physische Auswirkungen des Klimawandels: Die Ölförderanlagen im Golf von Mexiko müssen bei Hurrikanen abgeschaltet werden. Nimmt die Stärke oder Häufigkeit dieser Stürme zu, entstehen den Ölfirmen zusätzliche Verluste.
- > Auswirkung von Gesetzen und Regulierungen: Kommt das US-Klimagesetz durch, dürfte in Zukunft deutlich weniger Kohle verbrannt werden als heute. Dies trifft Minenunternehmen, Kraftwerksbetreiber, aber auch Anlagenbauer.
- > Auswirkungen von internationalen Verträgen: Wird ein wirksamer Schutz der Regenwälder beschlossen, betrifft dies die Holzindustrie, Agrokonzerne, Biospritproduzenten etc. Aber auch bestehende Verträge können gefährlich werden: Derzeit

versucht Mikronesien, gerichtlich die Erneuerung eines tschechischen Kohlekraftwerks zu verhindern (siehe oben rechts).

- > Indirekte Auswirkungen von Entwicklungen in der Geschäftswelt: Während der Klimawandel für die Hersteller von Videokonferenzsystemen ein Konjunkturprogramm ist, riskieren Fluggesellschaften weniger Business-Class-Tickets zu verkaufen.

BÖRSENRELEVANT. Die soeben beschlossene Offenlegungspflicht dürfte somit für rege Betriebsamkeit in den Finanzabteilungen der börsenkotierten Firmen führen. Sie müssen nun systematisch prüfen, welchen Risiken ihr Unternehmen ausgesetzt ist, und diese dann veröffentlichen. Es ist zu erwarten, dass sich diese Informationen dann auch im Börsenkurs niederschlagen – etwa wenn ein Stromkonzern auswei-

Tschechien beugt sich Mikronesien

KOHELESTROM. Der tschechische Stromkonzern CEZ will ein Kohlekraftwerk erneuern. Daher hat Mikronesien ein grenzüberschreitendes «Impact Assessment» verlangt, denn der Kohlemeiler heizt den Klimawandel an, was zum Untergang Mikronesiens führen könnte. Nun hat der tschechische Umweltminister der Forderung Mikronesiens stattgegeben. Zum ersten Mal wird das Rechtsmittel des «Transboundary Environmental Impact Assessments» nicht zwischen benachbarten Staaten, sondern über eine Distanz von 12 000 Kilometern angewandt. Das Kohlekraftwerk Prunerov könnte so zu einem Präzedenzfall für andere Kohlemeiler werden, denn gemäss einer EU-Regelung kann jedes Land der Welt gegen den Bau von Industrieanlagen, die CO₂ ausstossen, Beschwerde einlegen. Somit kommt nicht nur Investoren, sondern auch den Gerichten eine zunehmend wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel zu. mic

sen muss, wie gross das Risiko ist, dass er aufgrund neuer Gesetze Kraftwerke schliessen muss. Allein die Investoren, die dem «Ceres Investor Network on Climate Change» angehören, verwalten Vermögen im Wert von rund 8000 Milliarden Dollar.

Die US-Umweltbehörde EPA verlangt zudem, dass Unternehmen ihren Treibhausgasausstoss publizieren, wie CFO.com berichtet. Damit wird die Messung der Emissionen zunehmend Teil der normalen Buchhaltung.

Und so werden die Treibhausgase weniger durch direkte Verordnungen und Gesetze reduziert als vielmehr durch den Druck der Aktionäre. Denn während Konzernchefs gerne und oft über die Regierung schimpfen, kuscheln sie doch stets brav vor ihren Inhabern. Wer hätte gedacht, dass sich die Shareholder-Value-Philosophie als derart nachhaltig erweisen würde?

Informant bietet Steuerdaten an

Deutschland könnte Angaben zu 1500 Kunden für 2,5 Millionen Euro kaufen

ANDREAS MÖCKLI

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble überlegt sich, Unterlagen über 1500 Bankkunden zu kaufen. Gemäss Ermittlern winkeln Steuernachzahlungen in der Höhe von 100 Millionen Euro.

Schweizer Banken droht neues Ungemach: Ein Informant bietet der deutschen Finanzverwaltung die Daten von 1500 Bankkunden an. Gemäss der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» verlangt der Informant 2,5 Millionen Euro für die Datensätze. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) überlege derzeit, ob er sich auf den Handel einlassen wolle, schreibt die Zeitung auf ihrer Internetseite.

Eine Überprüfung einer Stichprobe dieser Daten ergab, dass in jedem der fünf Fälle eine Steuernach-

zahlung von jeweils einer Million Euro fällig wäre. Für die fünf Kontoinhaber sei eine Selbstanzeige zu spät, wird die deutsche Finanzverwaltung zitiert.

Die Ermittler schätzen, dass die Unterlagen insgesamt rund 100 Millionen Euro an Steuernachzahlungen einbringen könnten. Gemäss der Zeitung sei auch von einer deutlich höheren Grössenordnung die Rede. Es lägen Angebote mehrerer Datenhändler vor.

FALL LGT. In einem ähnlichen Fall hat Schäubles Vorgänger Peer Steinbrück (SPD) zugegriffen. Der deutsche Nachrichtendienst kaufte 2008 einem kriminellen Mitarbeiter der liechtensteinischen Bank LGT Kundendaten ab. In der Folge kam es zu

Hausdurchsuchungen von Staatsanwälten und der Polizei bei Verdächtigen. Der prominenteste Steuersünder war Klaus Zumwinkel, damaliger Chef der Deutschen Post.

FALL HSBC. Vergangenen Dezember haben Kundendaten der Privatbank HSBC in Genf für Aufsehen gesorgt. Ein früherer EDV-Mitarbeiter der Genfer Bankfiliale hat 2008 Tausende Kundendaten gestohlen und den französischen Behörden zum Kampf gegen Steuersünder übergeben. Der daraus entstandene Konflikt zwischen der Schweiz und Frankreich habe beigelegt werden können, sagte Bundesrat Hans-Rudolf Merz nach einem Treffen mit Frankreichs Budgetminister Eric Woerth diesen Mittwoch am WEF in Davos.

ANZEIGE

SALE

BIS ZU 60% RABATT.

Markenuhren
Schmuck

Zuchtperlen
Silberwaren

SCHMUCK UHREN
OUTLET A M BARFI

BARFÜSSERPLATZ 22 | BASEL | TEL 061 560 12 80